

Podiumsdiskussion zum Innovationspark an der Uni, Teil 1

Die Stadt kollaboriert mit den Rüstungsunternehmen – Grüne und Linke sehr zögerlich gegen Militärforschung

Das Publikum will mehrheitlich keine Rüstungsforschung auf dem Gelände. Reiner Erben wirft Rüstungskonversion auf.

Im Ergebnis könnte man sagen 1
Zu den Impulsreferaten..... 2
Zur Diskussion auf dem Podium: „Ressourceneffizienz“, eine politische Ausweichstrategie? Soll ernsthaft eine Konversionsdebatte begonnen werden? 6

Augsburg, 06.06.2012. Die erste Veranstaltung in der Reihe *Zivilklausel für die Uni Augsburg?! fand am 16. Mai in einem Hörsaal der juristischen Fakultät statt. Thema war Idee und Zukunft des Innovationsparks. Wir wollen in einem zweiteiligen Projekt dazu berichten und kommentieren.*

Die Veranstalter schrieben in der Ankündigung: „Angesichts der aufkeimenden Debatte um eine mögliche Zivilklausel für die Universität Augsburg organisiert der AStA der Universität Augsburg in Zusammenarbeit mit der Initiative friedliche Uni Augsburg eine Veranstaltungsreihe, um möglichst differenziert zur Meinungsbildung der Studierenden (und aller Interessierten) beizutragen.

Zwar kann die Diskussion um eine Zivilklausel ohne weiteres auch unabhängig vom Innovationspark geführt werden, doch ist dieser hier in Augsburg der konkrete Anlass. Bevor man also in eine tiefere Debatte um eine Zivilklausel eintritt, ist es sinnvoll, sich den »Innovationspark«, der neben dem Campus der Universität entsteht und mit welchem auch eine enge Kooperation stattfinden soll, genauer anzuschauen.“¹

Moderiert von Prof. Dr. Christoph Weller (Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung) sprachen und antworteten auf dem Podium Karl Bayerle (Wirtschaftsreferat der Stadt Augsburg), Karin Berger-Fuchs und Peter Feininger (Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung), Reiner Erben (Grüne, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender) und Alexander Süßmair (Die Linke, Stadtrat).

Im Ergebnis könnte man sagen ...

Im Ergebnis könnte man sagen, dass die bevorstehende Entwicklung von Rüstungsgütern und Militärforschung auf dem Gelände im Verbund mit der Universität unter starke Kritik kam – vor allem aus dem Publikum. Im Grunde wurde damit die Notwendigkeit einer Zivilklausel für den Innovationspark bzw. die Universität erhärtet, obwohl es bei dieser Veranstaltung noch nicht ausdrücklich um eine Zivilklausel ging. Ganz allgemein würde eine Zivilklausel den Ausschluss militärischer Forschung und Entwicklung auf dem Innovationspark und an der Universität bedeuten.

Kurz zusammengefasst: Der Vertreter der Stadt machte klar, dass die Stadtverwaltung hinter den Rüstungskonzern steht und dies auch von der Wissenschaft verlangt. Alle pazifistischen Argumente und Friedensziele seien dem untergeordnet. Die Vertreter der Linken und der Grünen im Stadtrat vermieden es in auffälliger Weise, den Rüstungsaspekt in ihren Impulsreferaten überhaupt anzusprechen. Als sich die Diskussion aber anschließend fast nur um dieses Thema drehte – angestoßen vor allem durch die Statements des

¹ <http://friedliche-uni-augsburg.blogspot.de/2012/05/podiumsdiskussion-zum-augsburger.html>



Podium (von links): Karin Berger-Fuchs (Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung), Alexander Süßmair (Die Linke), Reiner Erben (Grüne), Karl Bayerle (Wirtschaftsreferat), Prof. Dr. Christoph Weller (Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung)

Karin Berger-Fuchs monierte, warum man die Fraunhofer-Gesellschaft nicht dazu herannehme, eine wirklich innovative, energieeffiziente Lösung am Innovationspark zu entwickeln, wie es zum Beispiel in Abu Dhabi geschah. Sie fragte, warum die Stadt die Flächen so bereitwillig zur Verfügung stelle ohne Energiezertifizierung und unter Bezugnahme auf die Friedensstadt: „Warum gibt es keine Zertifizierung für Frieden?“ Berger-Fuchs: „... Die Möglichkeit besteht, dass eben auch für die Rüstungsindustrie geforscht wird. Wieso geben wir so eine Fläche - nachdem wir jahrzehntelang Innen- vor Außenentwicklung proklamiert haben -, wie so geben wir sie so her? Wieso ist sie so nah an der Uni? Vor 68 Jahren, am 29. April 1945, ist dieses Gelände hier bombardiert worden von den Alliierten, weil Rüstungsproduktion darauf stattgefunden hat. Wir geben es jetzt wieder her als »Innovationspark«...“

Fachforums Nachhaltige Stadtentwicklung und das Publikum selbst –, erwärmte sich auch Alexander Süßmair dafür. Und Reiner Erben sagte definitiv, dass Rüstungsforschung auf dem Innovationspark nichts zu suchen habe und von der Stadt nicht gefördert werden dürfe. Was jetzt in der Kommunalpolitik die nächsten Schritte sein müssten, um das zu realisieren, sagten die Vertreter von Grünen und Linken nicht. Die Universitätsleitung glänzte durch Abwesenheit und der Inhaber des Lehrstuhls für Friedens- und Konfliktforschung entzog sich als Moderator einer eigenen Stellungnahme zu diesem drängenden Thema.

Zu den Impulsreferaten

Karl Bayerle vom Wirtschaftsreferat der Stadt hatte so seine eigenen Vorstellungen vom Sinn und Zweck der Universität und dem Innovationspark, an dessen Planung die Universität von Anfang an beteiligt gewesen sei. Ziel sei der Aufbau einer „Wissensmaschinerie“, um dieses Wissen dann den Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Dass zu diesen Unternehmen ganz wesentlich auch Rüstungsunternehmen zählen, focht Herr Bayerle nicht an. Man stehe prinzipiell zu „unseren Unternehmen“ im Wirtschaftsraum, und dazu gehörten auch Rüstungsunternehmen.

Bayerle wörtlich: „... es geht tatsächlich um diese Zusammenführung – diese Zusammenballung fast schon – der Wissensinstitute und der Wissensmaschinerie. Um dann einen Ort zu schaffen, und dieses Know-how, das hier vorhanden ist, möglichst nutzbringend auch den Unternehmen zur Verfügung zu stellen.“

Das sind sehr weit gehende Botschaften aus dem Wirtschaftsreferat der Stadt Augsburg. Die Studierenden und ihre Dozenten sowie das Personal der Forschungsinstitute haben sich also in eine Wissensmaschinerie

einzuordnen und dem Kapital zu dienen. Solchermaßen funktionalisiert, bleibt der Studierendenschaft kein Raum, sich für eine friedliche, demokratische und soziale Gesellschaft einzusetzen. Der Anspruch der Stadt als Friedensstadt, das beschlossene Friedensziel, wird vom Wirtschaftsreferat glatt ignoriert. Im Gegenteil – der Schulterchluss mit „unseren“ Rüstungsunternehmen wird so offen proklamiert, dass sich das Friedensthema schlicht erübrigt und nur noch stört.

Die Ergebenheit des Vertreters aus dem Wirtschaftsreferat gegenüber den (Rüstungs-)Unternehmen ging soweit, dass er es nicht wagte, den Namen einer einzigen Firma zu nennen. Dabei werden die großen Rüstungsfirmen, die am Innovationspark beteiligt sind bzw. einsteigen, in den Medien offen genannt. So auch in einer Werbebroschüre der Stadt, herausgegeben vom Projektteam Innovationspark im Referat Oberbürgermeister der Stadt Augsburg² (s. Grafik).



Geheim werden zum Beispiel zurzeit die Verhandlungen mit den (Rüstungs-)Firmen geführt, die in das Technologiezentrum einziehen wollen. Herr Bayerle verweigerte hierzu jede Auskunft.

Was auffällt, ist, dass der Vertreter der Stadt hinter die Beschlussfassung im Wirtschaftsausschuss vom Februar zurückfällt. Immerhin scheiterte dort die Verwaltung mit ihrem Vorhaben, eine Zivilklausel abzulehnen. Punkt 4 der Verwaltungsvorlage³ lautete: „Eine Zivilklausel für den AUGSBURG Innovationspark wird derzeit nicht befürwortet.“ Obwohl dieser Punkt 4 abgelehnt wurde, betete Herr Bayerle die Begründung dieses Punktes nach. In der Begründung der Verwaltungsvorlage zu Punkt 4 hieß es u.a.:

„Für die Entwicklung des AUGSBURG Innovationsparks sind Schlüsselunternehmen aus dem Wirtschaftsraum wichtige Impulsgeber und Schrittmacher. Gerade Großunternehmen aus der Industrie in den Branchen Maschinenbau, Automatisierungstechnologie, Luft- und Raumfahrt und Faserverbund sind hier von Anfang an wichtige Partner. Ein Teil dieser Schlüsselunternehmen stellt neben den zivilen Produktbereichen auch Rüstungsgüter bzw. Komponenten her. Eine Zivilklausel würde die weitere Zusammenarbeit mit diesen wichtigen Unternehmen jedenfalls erschweren.“

Obwohl also eigentlich mit der Ablehnung des Beschlusspunktes 4 der Verwaltungsvorlage auch seine Begründung hinfällig ist, vertrat Herr Bayerle unverdrossen die Argumentationslinie, dass eine Zusammenarbeit mit wichtigen Schlüsselunternehmen der Rüstungsindustrie nicht erschwert werden dürfe.

In der Begründung der Verwaltungsvorlage für den Wirtschaftsausschuss stand auch:

„Die Universität Augsburg führt derzeit einen – offenen – Diskussionsprozess zur Einführung einer Zivilklausel. Das Wirtschaftsreferat steht hierzu in Kontakt mit der Universitätsleitung, um den Prozess und die Ergebnisse zu beobachten und ggf. zu begleiten.“

Eigentlich hätte man von einem Vertreter des Wirtschaftsreferats erwarten können, dass er sich in irgendeiner Form zu diesem wichtigen Punkt äußert, wenn er sich schon mal an die Uni begibt. Für die Diskussion um den

² http://www.a3-innovationsfonds.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Downloads/2.%20AUGSBURG%20INNOVATIONSPARK.pdf

³ http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/120306_kommunale-zivilklausel/verwaltungsvorlage_leitlinien-fuer-innovationspark-drs-1200074.pdf

Innovationspark in der Stadt und an der Universität wäre es eigentlich von höchster Wichtigkeit, zu erfahren, wie die Stadtverwaltung den „Diskussionsprozess zur Einführung einer Zivilklausel“ an der Universität sieht, inwiefern sie diesen Diskussionsprozess für „offen“ hält, wie der Kontakt des Wirtschaftsreferats mit der Universitätsleitung aussieht, wer den Diskussionsprozess beobachtet, wie die Ergebnisse beurteilt werden. Die spannendste Frage wäre vielleicht, was das Wirtschaftsreferat darunter versteht, die Ergebnisse des Diskussionsprozesses an der Universität zur Einführung einer Zivilklausel „ggf. zu begleiten“.

Immerhin hat diese Passage die Augsburgische Stadtverwaltung selbst formuliert. Unseres Erachtens blieb Herr Bayerle jede Antwort darauf schuldig. Aber auch von der Universitätsleitung, die zu diesem Thema eigentlich gefragt wäre, ließ sich niemand auf der Veranstaltung sehen. Das war der bedauerliche Aspekt der Podiumsdiskussion. Die Universitätsleitung glänzte durch Abwesenheit und drückte sich damit vor einer Stellungnahme. Und die Stadtverwaltung bewegte sich keinen Millimeter in Richtung einer Zivilklausel, sondern beharrte auf ihrer – geheimen – Kollaboration mit den Rüstungsunternehmen und definierte die Wissenschaft als „Maschinerie“, die diesen Unternehmen zu dienen habe.

Reiner Erben, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat, forderte in seinem Impulsreferat eine große gesellschaftliche Debatte über Ressourceneffizienz und nachhaltiges Wirtschaften. Die fände zurzeit noch nicht statt. Sie müsse aber stattfinden, darin sehe er eine große Chance für den Innovationspark: „Die Kombination mit Produktion, Technologietransfer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung, die kenne ich jetzt bisher an keinem anderen Standort der Bundesrepublik, der Innovationspark heißt.“

Auf die Rüstungsunternehmen ging Reiner Erben in seinem Impulsreferat nicht ein. Dabei scheint es so, dass die Unternehmen, auch die Rüstungsunternehmen und ihre Verbände bereits eine intensive Diskussion über Ressourceneffizienz führen. Dies geschieht gerade auch im Zusammenhang mit dem Augsburgischen Innovationspark und die Rüstungsmanager und Rüstungslobbyisten spielen dabei eine führende Rolle, wie z.B. Prof. Dr. Manfred Hirt, Sprecher des Kompetenzrates Augsburg Innovationspark, und Dr. Burkhard Pinnekamp, Leiter Zentrale Getriebetechnik der Renk AG.⁴

Der Stadtrat der Linken, Alexander Süßmair, versuchte zunächst – ähnlich wie Reiner Erben für die Grünen – zu begründen, warum die Stadtratsgruppe der Linken Anfang 2009 dem Sciencepark zunächst bedingungslos zustimmte. Das ursprünglich vorgelegte Planungskonzept von Prof. Kees Christiaanse habe für die Linke „ein gesellschaftliches Zentrum für Wissen, für Forschung, für Denken“ und eine Kombination von „Universität, Wirtschaft, Öffentlichkeit“ dargestellt. Man habe sich auch eine Verbesserung der Wohn- und Arbeitssituation der Studierenden durch einen Park erhofft. Außerdem habe innovative Wirtschaftsförderung und ein eventueller Ausbau der Universität in den Augen der Linken angesichts des Abbaus vieler industrieller Arbeitsplätze in Augsburgischen Branchen einen hohen Stellenwert, zumal der Anteil an Leiharbeitern überdurchschnittlich hoch und das Einkommen am Produktionsstandort Augsburg unterdurchschnittlich niedrig sei.

Alexander Süßmair wörtlich: „Und da hatten wir eben gedacht, dass vielleicht die Chance wäre, zum Beispiel auch in der Umweltforschung und in anderen Bereichen, wie es eben zum Beispiel in anderen Städten ist – wie zum Beispiel in Würzburg oder auch München, Regensburg und Ingolstadt –, dass man da sozusagen ein

⁴ So heißt es in einer Ankündigung des 1. Augsburgischen Technologietransfer-Kongresses in der Hochschule Augsburg, der im März stattfand:

Das hochkarätig besetzte Vormittagsprogramm widmet sich in der Podiumsdiskussion und den Keynotes vor allem der Bedeutung des Technologietransfers für die Region Augsburg. Im Speziellen gehen die Keynotespeaker Prof. Dr. Manfred Hirt, Sprecher des Kompetenzrates Augsburg Innovationspark, und Dr. Burkhard Pinnekamp, Leiter Zentrale Getriebetechnik der Renk AG, auf den Augsburgischen Innovationspark als neue Dimension für den Wirtschaftsstandort und seinen Nutzen für regionale Unternehmen ein.

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen liegen im Fokus des Netzwerks der Transfer-Einrichtungen Augsburg und der Mitveranstalter des Kongresses. Daher wird in den 16 Workshops am Nachmittag das gesamte Spektrum rund um Technologietransfer, von Projektmanagement in Innovations- und Transferprojekten über Optimierung und Ressourceneffizienz in Produktion und Produkt bis hin zu Optimierung von Betriebsorganisation durch Hochschul-Know-how anhand von Praxisbeispielen von Experten aus der Industrie und der Wissenschaft präsentiert.

aus: Pressemitteilung vom 16.02.2012 des TEA-Netzwerks der Hochschul-Transfer-Einrichtungen Augsburg

bisschen eine Entwicklung positiv gestalten kann für Augsburg. Leider hat sich das jetzt für uns so nicht mehr dargestellt. Und wir sind einfach der Meinung, dass man die Chancen, die man eigentlich auch hätte und vor allem den Aufwand, den wir betreiben hier in dem Bereich der Universität – ich meine, wir stellen sehr viel Fläche und Platz zur Verfügung –, und da war eben die Chancen und die Ideen, die man hier hätte machen



können, so wie Herr Erben es eben auch ein bisschen beschrieben hat, eben auch am Anfang unsere Hoffnung und die Ideen, die wir da auch ein bisschen mit eingebracht haben – aber dazu vielleicht dann noch im zweiten Teil – dass wir dann irgendwann auch gesagt haben, nee, also die Entwicklung geht eigentlich für uns in eine falsche Richtung und für uns steht jetzt auch der Aufwand eigentlich in keinem Verhältnis mehr zu dem, dass dann vielleicht eben leider ...

ein besseres Gewerbegebiet herauskommt.“

Der Stadtrat der Linken thematisierte die Rüstungsunternehmen, die Rüstungsforschung in seinem Impulsreferat nicht. Von der Gefahr einer Militarisation der Universität sprach er nicht. Die Floskel, man habe inzwischen Bedenken, dass beim Innovationspark ev. nur ein „besseres Gewerbegebiet“ herauskomme, übernahm er von den Grünen. Dabei war von Anfang an klar und spätestens im Frühjahr 2009 wurde es auch öffentlich, dass der Science-Park eine Koppelung der Universität mit den Rüstungsunternehmen im Bereich der Luft- und Raumfahrt bezweckt und es auch um eine Standortsicherung der ausgegründeten EADS-Tochter Premium Aerotec geht. Der Sciencepark wurde wahrscheinlich in einem geheimen Deal auf höchster Ebene unter Beteiligung der Bundeskanzlerin und des Bundeswirtschaftsministers vereinbart. Es ging dabei auch darum, Premium Aerotec am Standort zu halten. So konnte man es bereits in der Ausgabe Februar/März 2009 von *Augsburg direkt – Bürgerzeitung der Stadt Augsburg* lesen.⁵ Aber die Linke träumte damals noch von der Hochglanzplanung eines Prof. Kees Christiaanse, was Süßmair so verstand: „Wohnmöglichkeiten für die Studierenden, Arbeitsplätze, Wohnen, Arbeit, Forschen, Lernen, Wissen, in Nähe zueinander, ein sehr grünes Konzept mit Freiräumen, mit Erholungsmöglichkeiten ...“

⁵ vgl. dazu unseren Artikel *Sciencepark I: Goldgräberstimmung. Universität und Stadt im Bann des „schwarzen Goldes“*

Wir schrieben darin u.a.: Für die enorme Wichtigkeit des Projekts spricht, dass Karl-Theodor zu Guttenberg, damals noch Bundeswirtschaftsminister, persönlich zum Spatenstich kam zusammen mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Martin Zeil. Bereits ein halbes Jahr zuvor, im Januar 2009, durfte Oberbürgermeister Gribl in Berlin antreten zu einem Vieraugengespräch mit der Kanzlerin, wo es schwerpunktmäßig um die Entwicklung des Rüstungskonzerns Premium Aerotec am Standort Augsburg und um den Sciencepark ging:

„Bundeskanzlerin Merkel habe sich im Vieraugengespräch in Berlin hervorragend über Augsburg informiert gezeigt, so der OB: »Vor allem unser Engagement, dem Unternehmen Premium Aerotec einen Verbleib am Standort Augsburg zu ermöglichen, ist bei Angela Merkel auf wohlwollende Resonanz gestoßen.

Als künftiger Fokus für die Entwicklung von Faserverbundstoffen (Carbon) sowie als Standortschwerpunkt für Luft- und Raumfahrttechnik hat Augsburg wichtige Fürsprecher in Berlin gewonnen. Dazu zählen Wirtschaftsminister Michael Glos und Staatssekretär Peter Hinze ebenso wie der Abgeordnete Kurt J. Rossmannith als Vorsitzender der parlamentarischen Arbeitsgruppe für Luft- und Raumfahrttechnik.

Was wir mit dem neuen Science-Park als vielfältig nutzbares und verbindendes Element zwischen Universität und Unternehmen im Bereich der Luft- und Raumfahrt vorhaben, gilt in Berlin als sehr erfolgversprechend und wird entsprechend unterstützt«, so Dr. Gribl.“ (*Augsburg direkt – Bürgerzeitung der Stadt Augsburg* Ausgabe Februar/März 2009 S. 13)

http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/100415_sciencepark1/artikel.pdf

Der Redebeitrag des Vertreters des Fachforums Nachhaltige Stadtentwicklung, Peter Feininger, kann hier nachgelesen werden: *Impulsreferat zu den militärischen Aspekten des Innovationsparks* - http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2012/06/02_podiumsveranstaltung-innovationspark-asta-uni.pdf

Zur Diskussion auf dem Podium: „Ressourceneffizienz“, eine politische Ausweichstrategie? Soll ernsthaft eine Konversionsdebatte begonnen werden?

Der Moderator Christoph Weller stellte dann nach den Impulsreferaten an das Podium eine komplizierte, um nicht zu sagen verwirrende Frage: „Meine Frage wäre: Mit welchen Erwartungen an die Universität verbindet sich denn die Idee des Innovationsparks, so wie sie sich aus ihrer Sicht darstellt? Also was ist gewissermaßen die Erwartungen an uns, wie wir mit dem Innovationspark umgehen sollen? Welche Erwartungen gibt es da?“

Karin Berger-Fuchs, die Vorsitzende des Fachforums Nachhaltige Stadtentwicklung, antwortete, dass vor allem die Wirtschaft bestimmte Erwartungen an die Universität habe. Sie werde das Potenzial der Forschung nutzen und das Potenzial der Jugend verwenden wollen. Seit zwei Jahren würde das Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung versuchen, die Studenten ein bisschen aufzuklären. „Wir wollen, dass die Studenten wissen, was macht Fraunhofer auf dem Innovationspark, was macht Premium Aerotec auf dem Innovationspark. Das ist die wichtige Frage hier. Effektiv ist die Politik und auch der Stadtrat an den Studenten vorbeigegangen und hat sie nicht in die Planung miteinbezogen.“

Alexander Süßmair betonte, die Akteure an der Universität hätten „auch eine gesellschaftliche Verantwortung, was man hier forscht, was man hier macht und was man danach mit seinem Wissen anfängt. Ich finde es ganz schlecht, wenn sehr viele von den Studenten und jungen Menschen, ihr Wissen, das sie gelernt haben, dann anwenden, um möglichst effektive Kampfmittel herzustellen.“

Reiner Erben sagte: „Ich habe die Erwartung, dass sich die Universität mit dem gesamten Komplex intensiver auseinandersetzt, mit dem, was der Herr Feininger gesagt hat. Welche Rolle spielen Unternehmen in diesem Innovationspark? Was haben die für eine Geschichte? Welche Rolle spielen Führungspersonlichkeiten wie der Professor Hirt bei diesem Thema?“⁶

Für Reiner Erben wird die Rolle der Universität bisher zu wenig beachtet. Ressourceneffizienz sei ein Thema, mit dem sich die Gesellschaft befassen müsse. Er habe die Vorstellung, dass sich die Lehrenden und Studierenden an der Universität mit den gesellschaftlichen Phänomenen und Veränderungen auseinandersetzen und Vorschläge machen müssten: „Und dazu gehört: Was ist Innovation, was ist Ressourceneffizienz? Und man muss das wirklich im Gesamtbild sehen. Und da ist es mir – mit Verlaub – zu wenig, dann zu sagen: Also hier gab es Messerschmitt und deswegen haben hier Flugzeugfirmen oder so ähnlich nichts zu suchen. Es kann ja sein – also ich weiß das zum Beispiel von Renk –, Renk ist eben eine Firma, die zwar Panzergetriebe herstellt, aber inzwischen halt auch Getriebe für Windkraftanlagen. Also ist es die Frage, ob die Konversion in diese Richtung geht. Und dass diese Konversion dann auch mit dem nötigen gesellschaftlichen Druck unterstützt wird.“

Die Vorarbeiten und das Wissen, um diesen gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, sollten an der Universität geleistet werden, und zwar speziell bei den Geisteswissenschaften, so Reiner Erben.

Diese Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der Grünen lassen aufhorchen. Gab es doch in der Stadt seit Anfang der 90er Jahre keine ernsthafte Debatte mehr über Rüstungskonversion.⁷ Es handelte sich seinerzeit um

⁶ Zur Rolle von Prof. Hirt, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Renk, in Frankreich zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wegen illegaler Rüstungsgeschäfte, und jetzt Sprecher des Kompetenzrats für den Innovationspark, s. das Impulsreferat von Peter Feininger http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2012/06/02_podiumsveranstaltung-innovationspark-asta-uni.pdf

⁷ s. dazu unseren Artikel Rüstungskonversion in Augsburg: Sie wollten „vom Tornado in die Umwelttechnik“ ... und landeten beim Eurofighter http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/040909_konversion3/artikel.htm oder auch die Studie von Michaela Simon: Eine

eine kommunale Initiative zur Rüstungskonversion bei EADS, die auch damals schon mit Ökologie und Ressourceneffizienz verbunden wurde. Das Programm nannte sich PUR Programm zur Umweltverbesserung und Ressourcen-Schonung. Wenn die Grünen jetzt darauf zurückkommen und eine neue Debatte zur Rüstungskonversion in den Augsburger Unternehmen wie Premium Aerotec oder Renk anstoßen wollen, so wäre das sehr zu begrüßen. Die Rolle, die die Grünen aber seitdem spielten, lässt stark bezweifeln, ob es ihnen damit ernst ist oder ob Reiner Erben diese Äußerungen einfach machte, weil das beim Publikum gut ankam.

In ihrem Kommunalwahlprogramm von 2008, das immer noch gilt, machen die Grünen jedenfalls null Aussage zu Rüstung, Militär oder Rüstungskonversion in dieser Stadt. Im Kommunalwahlprogramm der Linken steht hingegen: „Die Profilierung der Stadt Augsburg als Friedensstadt steht im krassen Widerspruch zum Rüstungsstandort Augsburg. Wir fordern deshalb die Beendigung von Patenschaften der Stadt für jegliches Kriegsgeschütz (Fregatte Augsburg) sowie die Unterstützung von Konzepten der Rüstungskonversion, die in den achtziger Jahren bereits entwickelt wurden.“ Das Problem ist, dass die Augsburger Linke auch nichts dafür tut.

Wenn es den Grünen und der Linken mit der Rüstungskonversion in Augsburg ernst ist, müssten sie jetzt nach dieser Podiumsveranstaltung eine intensive und nachhaltige Konversionsdebatte anstoßen, der sich auch die SPD und die IG Metall nicht entziehen können. Das wäre dann wirklich eine greifbare Konsequenz aus dieser Veranstaltung.

Auf Bundesebene haben Grüne und SPD vor dem Regierungswechsel 1998 den Jäger 90 bzw. den Eurofighter, der von EADS auch in Augsburg gebaut wird, offiziell abgelehnt. Bei der Abstimmung im Bundestag 1997 stimmten SPD und Grüne fast geschlossen gegen die Beschaffung des Eurofighters. Die Entscheidung für den Eurofighter ging allerdings durch, weil viele SPD- und Grünen-Abgeordnete unentschuldig fehlten und sich damit der Abstimmung entzogen.⁸ Nach ihrem Regierungsantritt wollten SPD und Grüne die Beschlüsse und die Verträge mit der Deutsche Aerospace AG Dasa⁹ nicht mehr antasten. Ein interessanter Antrag der PDS im Bundestag „Keine Beschaffung des Eurofighters 2000“ vom 24.9.1997 – also etwa zwei Monate vor der Entscheidung im Bundestag – lautete:

„Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Beschaffung des Jagdflugzeuges Eurofighter 2000 wird abgelehnt.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit betroffenen Firmen, Belegschaften, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen Konzepte für die vollständige Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung zu erarbeiten. Soweit erforderlich, ist diese Konversion durch die Einrichtung eines Konversionsfonds beim Bund finanziell abzusichern. Dabei sind auch Überlegungen zur Entwicklung von Verkehrsflugzeugen, die die Umwelt weniger belasten, zu prüfen und aufzugreifen.“¹⁰

Die Grünen forderten damals in einem eigenen Antrag:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. auf die deutsche Weiterentwicklung und Beschaffung des Eurofighter sowie der dafür vorgesehenen Flugkörper zu verzichten;
2. sich bi- und multilateral dafür einzusetzen, daß im Rahmen der KSE-Verhandlungen im Bereich der Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber deutliche qualitative und quantitative Abrüstungsfortschritte

kommunale Initiative zur Rüstungskonversion: Programm zur Umweltverbesserung und Ressourcen-Schonung (PUR) (in Wissenschaft & Frieden 1991-4), 1991. <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0917>

⁸ s. dazu Abstimmung über den Eurofighter im Bundestag am 26. November 97 <http://www.bessereWeltlinks.de/eurofighter/fighte84.htm>

⁹ Die DASA ging später in der EADS auf

¹⁰ Antrag der PDS im Bundestag Keine Beschaffung des Eurofighters 2000 vom 24.9.1997 und Antrag der Grünen Stopp der deutschen Beteiligung am Eurofighter vom 13.7.1997 im Bundestag, November 14, 1997. s. Plenarprotokoll S. 18494-18504 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13204.pdf>

erfolgen.“¹¹

Beide Anträge (der PDS und der Grünen) wurden auf der Sitzung des Bundestags im November 1997 debattiert und an den Verteidigungsausschuss überwiesen. Wahrscheinlich wurden diese Anträge irgendwann im Verteidigungsausschuss beerdigt – ob mit den Stimmen der SPD oder gegen sie, wissen wir nicht. Der Punkt ist, dass die Grünen danach an die Macht kamen und nichts mehr für ihren Antrag taten, während die PDS auch in der Folge zu ihren Positionen stand, aber eben *nicht* an die Macht kam.

Peter Feininger

wird fortgesetzt

¹¹ ebd.